

Niederschrift

über die 16. öffentliche Sitzung des Finanzausschusses (7. Wahlperiode)
am 16.02.2021

anwesend: (siehe X)

Unter dem Vorsitz von: Herr Michalski

Die Gemeindevertreter:

- | | |
|---------------------|---|
| 1. Jürgen Michalski | X |
| 2. Andreas Hennig | X |
| 3. Kai Deutschmann | X |

sachkundige Einwohner:

- | | |
|----------------------|---|
| 4. Barbara Ohrmann | X |
| 5. Reinhard Suhrbier | X |

Gäste:

Herr Behrens	-	Amtsitr. Finanzen
Frau Guruz	-	Amtsitrn. Planen und Bauen
Frau Küster	-	Amtsitrn. ZD und Soz.

Eckdaten:

- Überschuss von 248.900 Euro in der Ergebnisrechnung
- lfd. Ein- und Auszahlungen liegen bei -2,1 Mio. Euro (kein Haushaltsausgleich in der Finanzrechnung in diesem Jahr, aber durch die Vorträge aus den Vorjahren trotzdem geschafft)
- Kreditaufnahme in Höhe von 3,5 Mio. Euro geplant, deshalb genehmigungspflichtiger Haushalt durch die Rechtsaufsicht, verbunden mit Verzögerungen
- Maßnahmen könnten auch ohne Kreditaufnahme durchgeführt werden
- Steuersätze bleiben unverändert
- Anmerkung von Herrn Suhrbier, dass die Landeshebesätze im Taschenhaushalt nicht eingearbeitet waren – hier die Zahlen: Grundsteuer A Landesdurchschnitt 323 % (Binz: 300 %), Grundsteuer B Landesdurchschn. 427 % (Binz: 400 %), Gewerbesteuer Landesdurchschnitt 381 % (Binz: 380 %)
- Steuerkraft bemisst sich am Landesdurchschnitt, somit machen wir dem Landkreis „Geschenke“, d. h. wir werden auf diese Werte hoch berechnet
- momentan haben wir gute Zahlen, so dass wir uns das leisten können – für die Zukunft sollte in den Fraktionen über evt. Erhöhung der Steuersätze diskutiert werden
- Zahlen aus der Haushaltsdiskussion vom November wurden grundlegend übernommen
- wesentliche Änderungen im Baubereich
- geplante Organisationsuntersuchung ist jetzt auf einem separaten Konto ausgewiesen
- weitere Anmerkung von Herrn Suhrbier: Für die Anschaffung der Drehleiter über die Spende muss eine Haushaltsposition in der investiven Ausgabe und auch in der investiven Einnahme als Zuschuss gebildet werden – dies wird Herr Behrens in der Endfassung des Haushaltes berücksichtigen.

Herr Hennig fragt, ob die Ausfälle aufgrund der Corona-Pandemie bei der Haushaltsplanung berücksichtigt wurden.

Herr Behrens äußert, dass vorsichtig geplant wurde. Unter anderem durch die Sonderzahlung sind wir dicht an die geplanten Summen herangekommen. Bei der Grundsteuer gab es keine Ausfälle, diese entstanden nur bei der Gewerbesteuer. Wir gehen davon aus, dass es über die Sommermonate ein gutes Jahr wird. Falls es sich doch anders darstellt, müssen wir die Zahlen korrigieren.

Herr Michalski bestätigt, dass vorsichtig kalkuliert wurde und verweist auf die Zahlen von 2019.

Frau Guruz zum Bereich Bau: Sie möchte wissen, ob es von Seiten der Ausschussmitglieder Fragen gibt.

Herr Michalski spricht das Feuerwehrfahrzeug an. Nun ist ein drittes Fahrzeug (LF) geplant?

Es handelt sich um das langfristig geplante Löschfahrzeug, so Frau Guruz. Die Fördermitteleinwerbung ist in diesem Jahr gelaufen, es soll jetzt angeschafft werden.

Herr Behrens ergänzt, dass ebenfalls ein Mannschaftstransportwagen eingeplant ist. Hier fließt das Geld aus dem Verkauf der alten Drehleiter mit hinein.

Die grundsätzlichen Dinge sind im Plan geblieben, so Frau Guruz. Das Straßenbauprogramm in Binz ist seit längerem in Arbeit. Bezüglich der Aufstellung eines Generalentwässerungsplanes hatte Frau Guruz bereits informiert. Nach der Zustandserfassung lässt sich feststellen, dass es für 22 Straßen im Ortskern keine Regenwasserkanalisation gibt. Die Mischwasserkanalisation ist weit über dem Soll. Der ZWAR rät, alle 22 Straßen grundhaft auszubauen. Das geht natürlich nicht alles auf einmal, deshalb ist eine koordinierte Sanierung notwendig. Erst einmal betrachten wir das aus technischer Sicht und haben verschiedene Möglichkeiten untersucht, die Einfluss auf die

gesamte Gemeinde haben. Es gibt die sogenannte Vorflut, der abwassertechnische Anschluss an bereits leistungsfähige Kanalisationen, diese fließt nach unten, somit sollten wir dort mit dem Ausbau beginnen, wo das Wasser am tiefsten steht. An der Jasmunder Str., Bahnhofstr., Hauptstr. gibt es bereits leistungsfähige Kanalisationen – es müsste ein Gegenstück produziert werden, um den gesamten mittleren Bereich von Binz abwassertechnisch aufzubauen. Wir haben ein 7-Stufen-Programm entwickelt; Abschnitt 1 (Schwedenstr., Schillerstr., Marienstr., Lottumstr., Proraer Str., Dünenstr.) befindet sich jetzt zusätzlich zu den im Herbst bereits enthaltenen Planungen im Haushalt. Aus technischer Sicht ist es am sinnvollsten, die saubere Rückenachse mit einer funktionstüchtigen Kanalisation zu bauen, weil wir dann frei sind, im gesamten Ortsgebiet die Anschlüsse zu den eigentlichen Abflüssen anzubauen.

Frau Guruz erläutert anhand einer Tabelle die geschätzten Kosten, die Anteile des ZWAR usw. Am Jahresende 2021 soll mit der Schwedenstraße begonnen werden, parallel dazu läuft die Planung der 5 Abschnitte. Die Planungskosten in Höhe von 500.000 Euro sind eingestellt. Das ist sehr optimistisch nach oben geplant. Bis Ende 2022/2023 soll die gesamte Maßnahme abgeschlossen sein. Im 2. Abschnitt ist bereits erfolgreich mit dem Klünderberg/der Zinglingstraße begonnen worden und soll mit dem Amselweg, Finkenweg, Am Kleinbahnhof fortgeführt werden.

Herr Michalski äußert Bedenken hinsichtlich der Baumaßnahmen während der Saison, gerade in der zweiten Reihe zur Strandpromenade. Welcher Zeitrahmen und welche Baumaßnahmen sind konkret vorgesehen?

Ein grundhafter Ausbau, so Frau Guruz, die Anschließung der neuen Medien. In der Strandpromenade besteht z. B. das Problem, dass keine Elektromobilität angeschlossen werden kann, weil die Leitungen alt sind.

Es ist nicht vorgesehen, am 1. Juli die Straße aufzureißen. Wir haben ebenso wie beim Bauzeitenplan MZO die Ferienzeiten ausgespart. Die gesperrten Abschnitte können umfahren werden.

Der Finanzausschuss kann sich zu den baulichen Dingen nicht äußern, aber zu den Finanzen, so Herr Michalski. Widerspiegeln sich die 135.000 Euro als Eigenanteil für 2021 in der Position „Unterhaltung Straßen/techn. Anlagen“?

Nein, dazu gibt es ein zweites Programm, so Frau Guruz. Es gibt das grundhafte Sanierungsprogramm und das Grunderhaltungsprogramm für die Straßendecken und die Fußwegesituation hinsichtlich der Absenkungen usw.

Herr Michalski fragt zur Position „Unterhaltung Straßen/techn. Anlagen“: 2019 waren 10.000 Euro geplant, 2020 15.000 Euro, 2021 plötzlich 180.000 Euro?

Das liegt an den Polleranlagen, hier bestand der Wunsch zur Beruhigung der oberen Hauptstraße, so Frau Guruz. Die Poller in der Hauptstr., Paulstr., Elisenstr. sind defekt. Gleichzeitig soll das Pollersystem vereinheitlicht werden.

Auf die Nachfrage von Herrn Michalski, ob die 500.000 Euro komplett im Gemeindehaushalt geplant werden, äußert Frau Guruz, dass nur die Genehmigungsplanung bei uns bleibt und alles, was danach kommt, über Fördermittel abgedeckt werden soll. Ausführungsplanungskosten werden ebenfalls über Fördermittel abgedeckt.

Frau Guruz verlässt die Sitzung.

Frau Küster berichtet zum Bereich Personal:

Die Lohnplanung wurde korrigiert, auch aufgrund der vorliegenden Tarifierpassungen. Die Lohnplanung spiegelt sich anhand des Stellenplanes wider. Der Stellenplan ist im Großen und Ganzen erstellt worden, wie im letzten Jahr bereits vorgelegt. Aufgrund der

Notwendigkeit wurde an den Stellen nichts Gravierendes geändert, lediglich bei der Stelle 15 gibt es aufgrund der Situation hinsichtlich der Medienplanung und der dazugehörigen Umsetzung für die Schulen eine Änderung. Für den jetzigen Stelleninhaber wird es nicht mehr möglich sein, die umfangreichen Aufgaben, welche auf uns zukommen, wahrzunehmen. Die Änderungen im Stellenplan sind rot gekennzeichnet.

Herr Michalski betont noch einmal die Aussage, dass es neue Stellen erst nach der durchgeführten Organisationsuntersuchung geben kann, um die Zweckmäßigkeit darzulegen. Die Stelle heißt jetzt „IT/Organisation“, vorher SB „Organisation/Personal“? Wo ist jetzt der Teil SB Personal?

Durch organisatorische Änderungen auf der Stelle 11 SB Entgelt/Versicherung geht ein Anteil Personal mit in diese Stelle über, so Frau Küster.

Herr Michalski weist weiterhin darauf hin, dass befristete Stellen erst nach der Organisationsanalyse entfristet werden sollen. Erste Bestrebungen in Richtung einer Ausschreibung der Organisationsanalyse wurden bereits unternommen?

Wenn der Haushaltsplan zum Jahresende 2020 bestätigt worden wäre, hätte die Ausschreibung zur Organisationsanalyse bereits abgeschlossen sein können, so Frau Küster. In der letzten Gemeindevertreterversammlung hätte der Zuschlag erteilt werden können. Dies ist erst möglich, wenn der Haushaltsplan bestätigt ist. Dann muss das Ausschreibungsverfahren von neuem begonnen werden. Von den bisher vier angeschriebenen Firmen hatten drei ein Angebot abgegeben, bei denen durchaus Potential dabei war. Die Organisationsanalyse würde lt. den vorliegenden Angeboten knapp unter dem eingestellten Betrag von 65.000 Euro liegen.

Frau Küster hofft, dass sie in der folgenden Sitzung nach der Haushaltsbestätigung die Angebote vorlegen kann.

Herr Michalski regt an, zur Beschleunigung des Ausschreibungsverfahrens auf die Beschlussfassung durch den Hauptausschuss zurückzugreifen, wenn sich das anbietet. Diesen Vermerk sollte die Gemeindevertretung bei der Haushaltsbestätigung in der Beschlussvorlage hinzufügen, regt er an.

Herr Behrens weist darauf hin, dass der Haushaltsplan erst nach der Genehmigung durch die Rechtsaufsicht und Veröffentlichung rechtskräftig ist und somit erst dann ausgeschrieben werden kann.

Herr Michalski spricht noch einmal das Thema an, dass neue Stellen erst nach der Organisationsüberprüfung zu besetzen sind.

Der Finanzausschuss sollte die Beschlussempfehlung mit den Maßgaben genau formulieren, so Frau Küster.

Die Ausschussmitglieder sprechen sich dafür aus, dass neue Stellen erst nach der Organisationsüberprüfung zu besetzen sind.

Abstimmung:
Ja-Stimmen: 5
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Frau Küster verlässt die Sitzung.

Herr Michalski greift den Sachverhalt der Kreditaufnahme mit 3,5 Mio. Euro auf, mit dem der Haushalt genehmigungspflichtig wird und was Zeitverlust bedeutet.

Die Kreditaufnahme ist aktuell im Haushaltsplan enthalten, so Herr Behrens. Wenn Sie eine schnellere Handlungsfähigkeit wünschen, müssen Sie den Kredit streichen.

Der Finanzausschuss streicht nach eingehender Diskussion die Kreditaufnahme von 3,5 Mio. Euro aus dem Haushaltsplan 2021.

Abstimmung: **Ja-Stimmen: 5**
 Nein-Stimmen: 0
 Enthaltungen: 0

Herr Michalski erkundigt sich, ob der Zuschuss von 380.000 Euro nicht doch zustimmungspflichtig ist, weil es sich um eine Spende/ein Geschenk handelt? Es gibt hierbei einen kleinen „Beigeschmack“, da wir wissen, woher die Finanzierung kommt und was dahinter steckt.

Rein von der Darstellung her – Einzahlung und Auszahlung – ist es richtig dargestellt, so Herr Behrens. Die Spende hat der Förderverein angenommen.

Letzten Endes geht die Drehleiter in das Eigentum der Gemeinde über, d. h. es wird zu einem versicherten Gegenstand, die Kameraden sind über die Gemeinde versichert, gibt Herr Michalski zu bedenken.

Die Gemeinde hat das Fahrzeug gekauft, so Herr Behrens, Rechnungslegung erfolgte auf die Gemeinde Binz. Deshalb müssen wir die Ausgabeposition darstellen. Wir bekommen vom Förderverein das Geld erstattet. Das ist mit dem Finanzamt so abgesprochen, da wir uns absichern wollten. Die Rechtsaufsicht weiß auch Bescheid und hat das abgesichert.

Der Finanzausschuss gibt seine Zustimmung zum Haushaltsplan 2021 mit folgenden Anmerkungen:

- Die Einnahmeposition ist als Sonderposten und gleichzeitig als Ausgabeposition für die Anschaffung eines Feuerwehrfahrzeuges aufzunehmen.
- Der Finanzausschuss streicht die Kreditaufnahme von 3,5 Mio. Euro aus dem Haushaltsplan 2021.
- Neue Stellen sind erst nach der Organisationsüberprüfung und Feststellung der Zweckmäßigkeit zu besetzen.

Abstimmung: **Ja-Stimmen: 5**
 Nein-Stimmen: 0
 Enthaltungen: 0


 Michalski
 Ausschussvorsitzender


 Lußky
 Protokollantin